

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Band: 31 (2004)
Heft: 1

Artikel: Session : eine schmerzhaft Kur
Autor: Lenzin, René
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-909988>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Widerstand gegen das Entlastungsprogramm leistete das rot-grüne Lager. Im Bild eine Kundgebung in Aarau gegen Sparpläne.

Eine schmerzhafteste Kur

Das Parlament hat ein erstes Entlastungsprogramm für die Bundesfinanzen im Umfang von über drei Milliarden verabschiedet. Ein zweites im Umfang von 2,5 Milliarden folgt dieses Jahr.

DIE VERGANGENE Wintersession 2003 stand ganz im Zeichen der Bundesratswahlen. Die Wahl von Christoph Blocher und Hans-Rudolf Merz in die Landesregierung sowie die gleichzeitige Nichtwiederwahl von Bundesrätin Ruth Metzler stellten alles andere in den Schatten (vgl. «Schweizer Re-

vue» 6/03). Trotzdem betrieb das Parlament auch noch Sachpolitik. Zu den wichtigen Geschäften der Session gehörte die Bereinigung des Entlastungsprogramms für die Bundesfinanzen, das der Bundesrat im Sommer vorgeschlagen und das die Räte im Herbst ein erstes Mal beraten hatten.

Anlass für dieses Entlastungsprogramm sind so genannt strukturelle Defizite in der Bundesrechnung, das heisst Defizite, die nicht auf die Wirtschaftslage zurückzuführen sind, sondern auf ein dauerhaftes Ungleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben. Weil insbesondere die Einnahmen spärlicher fließen, als in der Finanzplanung vorgesehen, sollen auch die Ausgaben entsprechend nach unten korrigiert werden. Der Bundesrat und die bürgerliche Mehrheit des Parlaments machen dabei geltend, dass nicht bestehende Leistungen abgebaut würden, sondern dass

einzig das Ausgabenwachstum reduziert würde. Zudem sei das Programm erst 2006 voll wirksam, was es konjunkturverträglich mache.

Ausgaben kürzen

National- und Ständerat sind dem Bundesrat im Wesentlichen gefolgt. Zwar haben sie die Akzente teilweise leicht verschoben, aber der Gesamtumfang des Programms von gut drei Milliarden blieb bestehen. Die Kürzungen erfolgen grösstenteils ausgabenseitig. Ziel des Programms ist es, bei allen grösseren Ausgabenposten des Bundes anzusetzen, ohne jedoch grundsätzliche Änderungen vorzunehmen und ohne Lasten auf Kantone und Gemeinden zu überwälzen. Im Grossen und Ganzen konnte dieses Ziel erreicht werden, auch wenn das Programm in einigen Sektoren einschneidende Massnahmen zur Folge hat (siehe Kasten).

Abbau bei swissinfo/SRI

Das Entlastungsprogramm betrifft auch swissinfo/Schweizer Radio International (SRI). Der Beitrag des Bundes an die Auslandprogramme von swissinfo/SRI wird per 2005 stark reduziert und per 2006 aufgehoben. Bisher leistete der Bund knapp 20 Millionen an das swissinfo-Budget von rund 42 Millionen. Neu soll swissinfo vollständig aus den Empfangsgebühren der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft finanziert werden. Gemäss swissinfo führt die Kürzung der Bundesbeiträge trotzdem zu einem Abbau von 26 der insgesamt 147 Vollzeitstellen. Die Details des Abbaus will swissinfo demnächst bekannt geben. Er soll vor allem bei der deutschen, französischen, italienischen und englischen Redaktion erfolgen. Der Auslandschweizererrat hatte sich gegen die Kürzung der Bundesbeiträge ausgesprochen (siehe auch «Schweizer Revue» 6/2003).

RL


Grundsätzlichen Widerstand gegen das Entlastungsprogramm leistete nur das linksgrüne Lager. Es schlug vor, den Umfang des Programms auf zwei Milliarden zu reduzieren und den Bundeshaushalt über eine neue eidgenössische Erbschaftssteuer zu sanieren. Beide Anliegen scheiterten jedoch klar. Trotzdem waren einzelne Punkte des Programms heiss umstritten. So etwa die Frage, wie stark das ursprünglich geplante Wachstum von 6,5 Prozent im Bereich Bildung, Forschung, Technologie reduziert werden sollte. Nach langem Hin und Her

einigten sich die Räte schliesslich auf 4,75 Prozent. Ebenfalls lange gerungen wurde um den Vorschlag des Bundesrats, gewisse Investitionen für den öffentlichen Verkehr zeitlich hinauszuschieben, doch schliesslich folgte das Parlament der Regierung. Hingegen fiel deren Antrag durch, den Mischindex für die Angleichung der Alters- und Hinterbliebenen- und Invalidenrenten einmalig auszusetzen. Das hätte bedeutet, dass die Renten im Jahre 2006 nur der Teuerung und nicht auch der Lohnentwicklung angepasst worden wären.

Auf den Gesamtumfang des Programms hätte die Aussetzung des Mischindex mit Einsparungen von 75 Millionen wenig ausgemacht. Aber Linke und Gewerkschaften hatten von Anfang an erklärt, sie würden das Referendum gegen diesen «Sozialabbau» ergreifen. Mit der Streichung dieser Massnahme konnte die Referendumsdrohung abgewiesen werden. Bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe hat noch keine andere Gruppe Unterschriften gegen das Programm gesammelt, so dass es wie geplant in Kraft treten kann.

Zweites Programm angekündigt

Bundesrat und Parlament haben hart um das Entlastungsprogramm gerungen und teilweise schmerzhaft Eingriffe vorgenommen. Trotzdem ist der Bundesrat überzeugt, dass es weitere Massnahmen braucht, um den Haushalt dauerhaft zu sanieren. Er will dem Parlament daher im Verlaufe dieses Jahres ein weiteres Programm im Umfang von 2,5 Milliarden vorschlagen. Über Details hat er allerdings noch nicht entschieden.

René Lenzin 

Dreifache Abfuhr für die Behörden

Deutlicher Fingerzeig nach Bern: Das Volk lehnt sowohl den Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative als auch das revidierte Mietrecht ab. Ebenfalls gegen den Willen von Bundesrat und Parlament sagt es Ja zur Verwahrungsinitiative.

VOLK UND STÄNDE haben am 8. Februar klare Entscheide gefällt. 63 Prozent der Stimmenden und alle Kantone verwarfen den Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative, 56 Prozent der Stimmenden und 24 Kantone befürworteten die Verwahrungsinitiative und 64 Prozent der Stimmenden sagten Nein zur Revision des Mietrechts, bei der das Ständemehr keine Rolle spielte. Bei allen Vorlagen gab es kaum Unterschiede zwischen den Sprachregionen oder zwischen Stadt und Land. Die Stimmbeteiligung lag bei knapp 45 Prozent.

Das Volk entschied dreimal anders, als es Bundesrat und Parlament empfohlen hatten. Allerdings waren der Avanti-Gegenvorschlag und die Mietrechtsrevision vom Parlament in wesentlichen Punkten abgeändert

worden. Deshalb fühlt sich der Bundesrat nicht als Abstimmungsverlierer, wie Bundespräsident Joseph Deiss am Abstimmungstag sagte. Bei beiden Geschäften stellten die zuständigen Bundesräte in Aussicht, so rasch wie möglich neue Projekte zu präsentieren, die dem Volkswillen Rechnung tragen.

In der Verkehrspolitik ist praktisch unbestritten, dass das geplante Autobahnnetz fertig gestellt und an neuralgischen Punkten ausgebaut werden soll und dass es gezielte Investitionen in den Agglomerationsverkehr braucht. Hingegen dürfte ein zweiter Autotunnel durch den Gotthard für längere Zeit vom Tisch sein. Um diese Punkte dürfte eine Neuauflage des Projektes gebaut werden. Im Mietrecht ist auf Mieter- und Vermieter-